

Titel des Antrages: *Radweg an der L 21 zwischen Summt und Wensickendorf -
Fraktion DIE LINKE.*

Fraktionsantrag Nr.: *0067/BF/2019* *öffentlich*

Fraktionsantrag für *Kreistag*

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
<i>Kreistag</i>	<i>14.08.2019</i>	<i>Beschlussfassung</i>

Einreicher: *Fraktion DIE LINKE*

Datum/Unterschrift: _____

Beschlussvorschlag:

„Der Landrat wird damit beauftragt, sich gegenüber dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg dafür einzusetzen, dass der Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der L 21 zwischen dem Ortsausgang Summt und dem Ortseingang Wensickendorf in die Bedarfsliste ‚Radwege an Landesstraßen‘ aufgenommen wird.

Der Landrat wird außerdem damit beauftragt, das Land Brandenburg um eine schnellere Umsetzung des Radwegebaus entlang von Landes- und Bundesstraßen zu bitten und dieses aufzufordern, mehr Mittel und Personal für den Radwegebau bereitzustellen.“

Beschlussbegründung/ -erläuterung:

Die Bürger*innen von Summt (Gemeinde Mühlenbecker Land) kämpfen bereits seit mehreren Jahrzehnten für den Bau eines ca. 6,7 km langen Radweges entlang der L 21. Dieser ist nicht nur notwendig, um die Ortsteile Mühlenbeck, Summt und Zühlsdorf miteinander zu verbinden. Er soll es vor allem Schüler*innen aus Zühlsdorf ermöglichen, unabhängig vom Busverkehr zu den Schulen im Mühlenbecker Land zu gelangen. Auch für andere Bewohner*innen aus Zühlsdorf würde diese Radwegeverbindung eine Möglichkeit schaffen, zum Einkaufen oder zu Ärzten zu fahren, ohne auf den PKW oder den nur einstündig verkehrenden Bus der Linie 806 angewiesen zu sein. Darüber hinaus würde dieser Radweg einen direkten Anschluss zwischen dem Mühlenbecker Land und dem Oranienburger Ortsteil Wensickendorf ermöglichen und stellt auch einen notwendigen Lückenschluss für die touristisch interessante Route von Berlin in die Schorfheide dar.

Die derzeitige Situation ist für Radfahrende aus mehreren Gründen unzufriedenstellend. Die L 21 ist im betroffenen Abschnitt eine relativ enge Landstraße mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h. Nur auf einem kurzen Abschnitt ist die zulässige Geschwindigkeit auf 70 km/h reduziert. Aufgrund der hohen, von PKW und LKW dort gefahrenen Geschwindigkeiten, ist es für Radfahrende sehr gefährlich die Fahrbahn zu befahren. Zumal die Straße im gesamten Abschnitt durch einen Wald führt und die dunklen Lichtverhältnisse die Sicht für Kraftfahrende zusätzlich einschränken. Gerade für Kinder ist ein Befahren der Fahrbahn alles andere als empfehlenswert und lebensgefährlich.

Der ein Stück östlich gelegene Waldweg zwischen Summt und Zühlsdorf stellt für den Alltagsverkehr keine Alternative zum Radweg dar. Auch dieser geht mitten durch den Wald und ist bei Dunkelheit schlecht zu überblicken. Er ist außerdem nicht befestigt, sodass er im Sommer sandig und bei Regen schlammig ist und mit gewöhnlichen Fahrrädern kaum befahren werden kann. Außerdem ist der Weg regelmäßig durch umgefallene Bäume und Äste versperrt. Gerade für Lastenräder, die derzeit als Alternative zum PKW bundesweit gefördert werden, aber auch für innovative Verkehrsmittel wie E-Roller, ist dieser Waldweg nicht benutzbar. Der Bau eines befestigten Radweges entlang der L 21 würde diese Nachteile nicht aufweisen. Gerade bei einer Panne oder einem Unfall kann durch die unmittelbare Nähe zur stark befahrenden L 21, Hilfe schnell erreicht werden.

Auch wäre der Bau mit relativ wenig Aufwand zu bewerkstelligen, da östlich der L 21 auf der gesamten Länge bereits ein unbefestigter Forstweg angelegt ist und für den Bau somit keine Bäume gerodet werden müssten. Unter einem Teil des Forstweges liegt außerdem eine Erdgasleitung des NBB.

Die stattgefunden Demonstration mit über 300 Teilnehmenden am 8. Juni 2019 hat auf beeindruckende Weise demonstriert, dass der Bau des Radweges von der Bevölkerung gewünscht wird. Für den 24. August ist eine weitere Demonstration geplant, zu der unter anderem auch alle lokalen Organisationen der größeren Parteien aufrufen. DIE LINKE

appelliert daher an alle Kreistagsabgeordneten den Antrag zu unterstützen und unserem Landrat für die Verhandlungen mit dem Ministerium in Potsdam den Rücken zu stärken.

Damit die Bürger*innen unserer Gemeinden nicht 20 Jahre oder länger auf den Bau von Radwegen warten müssen, soll die Landesregierung dazu aufgefordert werden, endlich mehr Mittel für den Radwegebau bereitzustellen und vor allem das Personal im Landesbetrieb Straßenwesen aufzustocken.